

Parlamentarischer Abend in der Alten Mensa



[v. l.] W. Becker, J. Engelhardt, U. Witting, C. Krebs, Dr. D. Hildebrandt, D. Henkelmann u. K. Stiernerling (Vorstandsmitglieder, U. Witting: Justiziar des Vereins)

Zu einer schönen Tradition hat sich der jährliche Parlamentarische Abend entwickelt, zu welchem H + G Göttingen e. V. Mitglieder des Rates und der Verwaltung einlädt, um sich über aktuelle und/oder fortwährende Themen des Stadtgeschehens auszutauschen sowie gemeinsame Handlungsfelder, Erwartungen, Planungsstände und Anregungen zu diskutieren.

In den letzten Jahren fand das Treffen im historischen Holbornschen Haus statt. Wegen dessen Grundrenovierung wurden erstmals die geschmackvoll und aufwändig restaurierten Räume in der „Alten Mensa“ genutzt.

Thema war die fortschreitende Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes. Dieser soll den aktuell gültigen FNP ersetzen, der bereits 1975 beschlossen und seither 100 Mal an die Planungserfordernisse angepasst wurde. Im Frühjahr und Herbst letzten Jahres fanden Bürgerforen statt. H + G Göttingen e. V. hatte teilgenommen und die Ergebnisse als Tischvorlagen zusammengefasst. Ein aktueller Plan visualisierte die wich-

tigsten, derzeit skizzierten Flächen für Wohnbebauung in der Innenstadt und den Ortsteilen.

Der Vorstandsvorsitzende, Rechtsanwalt Dr. Dieter Hildebrandt, Fachanwalt für Miet- und WEG-Recht nahm einleitend auf das aktualisierte Gutachten des GEWOS-Institutes aus Hamburg Bezug, wonach – inklusive der zu erwartenden Flüchtlinge – bis zu Jahre 2030 ca. 6.000 Wohnungen im Stadtbereich Göttingens fehlen sollen, insbesondere im preisgünstigen Segment und regte an, gemeinsam Ideen zu entwickeln, um regional Abhilfe zu schaffen.

Hans Otto Arnold (CDU) legte dar, dass Nachverdichtung von ehemals großzügig geplanten Flächen wie dem Gothaergelände unverzichtbar wären, auch in Wohngebieten.

Horst Roth, Bündnis 90/Die Grünen, hob hervor, das wesentliche Problem sei der soziale Wohnungsbau, der sich leider zu einem „Auslaufmodell“ entwickelt habe. Es gibt in Göttingen nur noch 2.500 Wohnungen mit Mietpreisbindung, in

den nächsten Jahren würde der Bestand an mietpreisgebundenem Wohnraum auf 1.500 sinken.

Josef Engelhardt, Vorstandsmitglied bei H + G Göttingen e. V., bemängelte, dass bei ständig steigenden energetischen Anforderungen wie der Wärmeschutzverordnung, der Energieeinsparverordnung und sonstigen immer neuen staatlichen Auflagen eine Erstellung von bezahlbarem Wohnraum gar nicht mehr möglich sei. Hier müssten seitens der Bundesregierung dringend Anreize geschaffen werden bzw. die Randbedingungen geändert werden.

Dem stimmte Dr. Klaus-Peter Hermann (SPD) zu, der ausführte, die kommunalen Anreize wie ein Kinderbaulandbonus würden bei Weitem nicht ausreichen, um neuen Wohnraum zu schaffen, der Bund muss sich dringend mehr engagieren.



Ratsherren
Dr. H.-P. Hermann, J. Rudolph

Dr. Dieter Hildebrandt machte deutlich, dass es aufgrund der Gestehungskosten für Neubau in Höhe von 10,00 – 12,00 Euro/qm das Sechs-Familien-Haus als Investitionsobjekt von Privatleuten nicht mehr gäbe. Stattdessen seien viele private Investoren auf Eigentumswohnungen, die sie dann vermieten, umgestiegen. Bezahlbarer, preiswerter Wohnraum sei dieses in der Regel nicht.



Parlamentarische
Runde

Die anwesenden SPD-Ratsmitglieder sprachen sich deutlich für den Erhalt „der grünen Lungen“ als Freizeit- und Erholungsflächen, gerade für Familien, die keinen eigenen Garten hätten aus. Ferner würden bei Verlegung der Kleingartenflächen an die Stadtränder neue Verkehre produziert. Die CDU will zwar die Kleingarten erhalten, hat aber Grabe- und Gartenland für die Wohnbebauung ins Auge gefasst.

Die Diskussionen um Flächen, Nutzungen und Lösungsansätze wurde in kleinen Gruppen bei einem Imbiss und Getränken noch lebhaft fortgesetzt.

set

Langfristig entgegenwirken könnten nur staatliche Fördermittel oder Steueranreize.

Neben der Nachverdichtung wurde u.a. von Dr. Dagmar Sakowsky (Bündnis 90/Die Grünen) angeregt, brachliegende ehemalige Gewerbeflächen in Mischgebiete umzuwandeln, in den Wohnen und Dienstleistung möglich ist. Dem schloss sich Helmi Behbehani (SPD), an und hob die planerisch wertvollen Nachnutzungspläne für das ehemalige Sartoriusgelände in der Nordstadt – immerhin über 20.000 qm – hervor, bei dem Grundstückseigentümer, Verwaltung

und Politik konstruktiv gemeinsam aktiv geworden wären.

Das Stichwort griff Dr. Hildebrandt auf: „Den dargelegten Wohnraumbedarf können wir nicht kurzfristig decken, mit Ausweisung von Neubauflächen, den angeregten Nachnutzungen und etwas Fantasie aber mildern. Für Immobilien im Bestand sind beispielsweise Aus- und Umbauten sowie Aufstockungen möglich. Wir werden unsere Mitglieder ermuntern, kreativ über Wohnraumreserven nachzudenken! Wichtig ist jedoch auch, in der Verwaltung dafür Sorge zu tragen, dass Personal für die Erstellung neuer Bebauungspläne vorhanden ist – notfalls durch interne Umschulungen. Hier sollten sich die Kandidaten vor den Kommunalwahlen einmal Gedanken machen!“, fügte er schmunzelnd hinzu.

Abschließend entwickelte sich eine kontroverse Diskussion darüber, ob Kleingartenflächen in der Innenstadt zu Wohnbauflächen umgewandelt werden sollten, wie ausgerechnet Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagen hatten. Die „Verzweiflung über die Wohnraumsituation“ hätte sie zu dem Vorschlag getrieben, hob Ulrich Holefleisch hervor.



Ratsfrauen Dr. D. Sankowski,
H. Behbehani, Vorstandsvorsitzender
Dr. Hildebrandt



Ratsvorsitzende R. Bank,
Vorstandsmitglied. J. Engelhardt



Buffet in den
neuen Räumen
der Alten Mensa